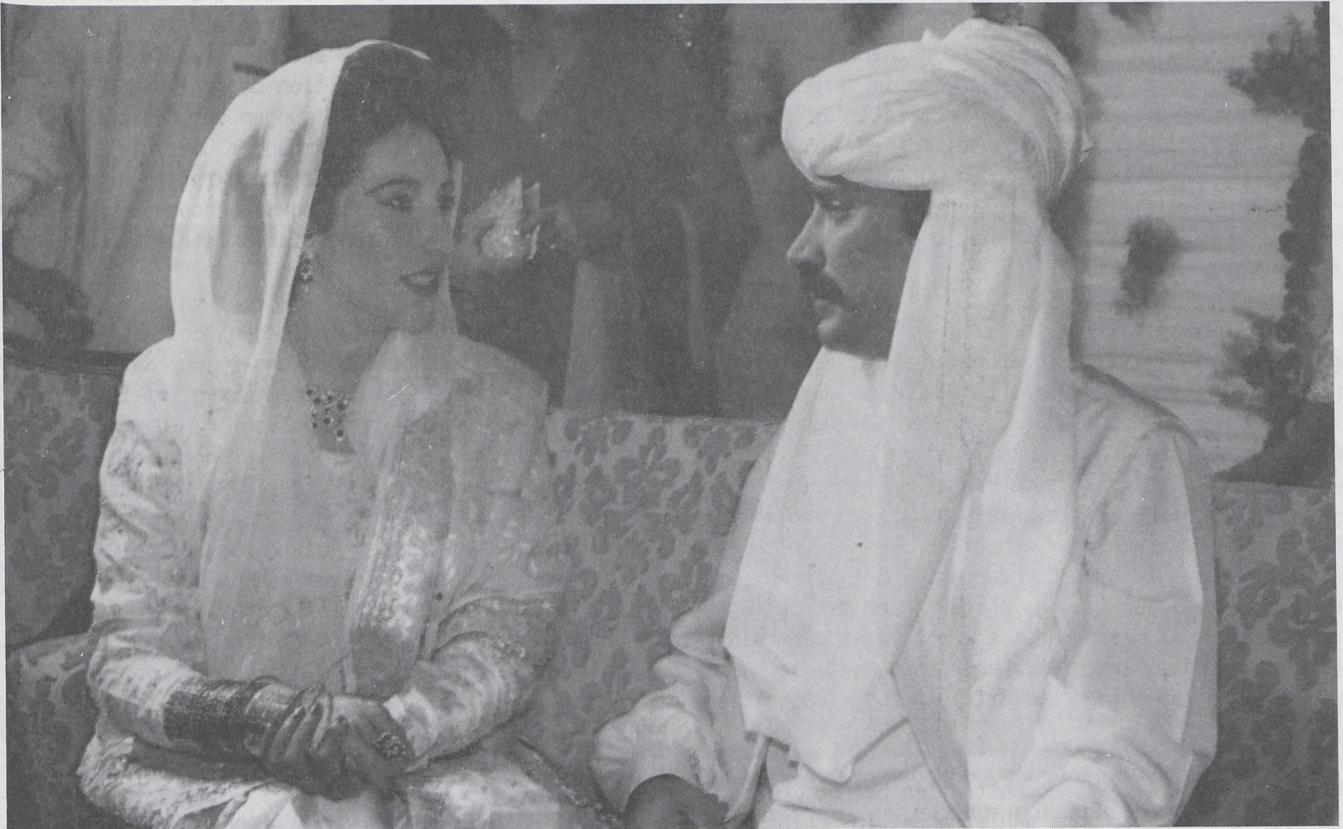


Zunehmende Probleme für Benazir Bhuttos Regierung

Im Dezember letzten Jahres feierte die Regierung Bhutto den Jahrestag ihres Regierungsantrittes. Ein turbulentes Jahr mit zahlreichen Krisen liegt hinter ihr, das nichts desto trotz mit Tanz, Verteilen von Süßigkeiten und Feuerwerk gefeiert wurde. Sogar Optimisten aus den eigenen Parteireihen hatten bezweifelt, ob die PPP die ersten sechs Monate an der Macht überstehen würde - sie hat sie überstanden. Jetzt aber plagen Benazir Bhuttos Regierung wachsende politische und wirtschaftliche Probleme.



Benazir Bhutto und ihr Mann (Foto: Herald)

Die Regierung verwendete einen großen Teil ihrer Energie darauf, sich gegen die Opposition zu wehren, anstatt selbst die Richtung der Politik zu bestimmen. Eine Krise jagte die andere: Das Parlament von Baluchistan wurde aufgelöst, die Salman Rushdie Affäre sorgte für Unruhen, die Schlacht zwischen dem Zentrum und den von der Opposition beherrschten Provinzparlamenten in Baluchistan und im Punjab tobte, und die Koalitionspartner der 'Pakistan Peoples Party' (PPP) in den übrigen beiden Provinzen NWFP (North West Frontier Province) und Sindh kündigten ihre Zusammenarbeit auf. Im Zentrum formierte sich aus einer diffusen Opposition ein solider Block. Bei Neuwahlen verlor die PPP an Boden. Wie gelähmt in der Afghanistan Politik und ohne Lösungen für die Probleme im Sindh, unter Korruptionsanschuldigungen gegen Kabinettsangehörige gestellt, ist es ihr bisher nicht gelungen, irgendein bedeutsames Gesetzesvorhaben durchzusetzen.

Auf der Erfolgsseite kann die Opposition für sich verbuchen, eine freiheitlichere Atmosphäre im Land geschaffen und eine freie Meinungsäußerung ermöglicht zu haben. Politische Gefangene wurden bald nach dem Regierungsantritt freigelassen, Todesurteile in Haftstrafen umgewandelt. Der Kampf gegen Drogen wurde entschiedener als bisher geführt (siehe auch Kasten: 'Heroinküste') und bislang vernachlässigte Bereiche wie dem Gesundheits- und dem Erziehungswesen wurden mehr Mittel zugewiesen. An die Stelle der Nationalisierungsparolen der PPP unter dem Vater Benazir Bhutto's ist die Unterstützung der Privatisierung und eines freien Marktes getreten. Der Staatshaushalt ist jedoch nach wie vor unausgeglichen und die Hauptposten sind noch immer Verwaltung, Schuldendienst und Verteidigung. Die Einschränkungen in den Ausgaben, die nicht der Entwicklung dienen, waren nicht mehr als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein.

Nach Ansicht der Opposition ist die PPP darauf aus, eine Einparteienherrschaft im Land zu errichten. Mancher wirft der PPP vor, die Befriedigungsbemühungen gegenüber Indien hätten zu einem Ausverkauf pakistansischer Interessen geführt. Konservative Kreise kritisieren die Liberalisierung des Fernsehprogramms, den Mangel an Zensur und die Entscheidung, daß pakistansische Frauen an Sportwettkämpfen teilnehmen können. Versuche einiger religiöser Führer, eine Kampagne gegen die Führung der Regierung durch eine Frau in einem islamischen Land zu eröffnen, haben jedoch wenig Resonanz gefunden.

Die Regierung ihrerseits beschuldigt die Opposition, durch ihre Aktivitäten daran gehindert zu werden, ihren Führungsaufgaben ausreichend nachzukommen. Anhänger der früheren Regierung seien im Verbund mit der Drogenmafia darauf aus, die Demokratie zu unterminieren. Ihr Handlungsspielraum sei ferner durch den achten Verfassungszusatz, der den unter Zia erlassenen Gesetzen den Fortbestand ermöglicht, sowie durch die unzureichende Vertretung im Senat und im Nationalparlament eingeengt.

Eigenschuld

Ganz unschuldig ist die Regierung an ihrer eigenen schwachen Position jedoch nicht. Gegenüber der Opposition hat sie es an einer überzeugenden Entgegnung mangeln lassen. Nach außen hin tolerant hat sie sich in Wirklichkeit übernervös zu Praktiken hinreißen lassen, die jegliche Linie vermissen lassen und eher den Eindruck erwecken, sie wehre sich ständig mit Händen und Füßen in alle Richtungen. Quasi als Abschluß des ersten Regierungsjahres schien sie es fast darauf anzulegen, durch undurchdachte Reaktionen ein an sich aussichtsloses Mißtrauensvotum gegen die Regierungschefin dennoch zum Erfolg für die Opposition zu machen.

Innerparteiliche Unzufriedenheit stieg bei der PPP, als zunehmend Berater ohne Wählermandat in Schlüsselpositionen gelangten und Kritiker aus den eigenen Reihen ausgeschlossen wurden. Das hatte gleichzeitig eine Entfremdung der Regierung von der Wählerbasis zur Folge.

Enttäuschungen unter der Wählerschaft machten sich auch deswegen breit, weil die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Beschäftigungslage sich nicht erfüllt haben, und zwar weder bei hochqualifizierten noch bei einfachen Tätigkeiten. Viele PPP-Anhänger fordern einen Arbeitsplatz von der Regierung als Kompensation für unter dem Regime Zia erlittene Benachteiligungen und Unrecht. Die Unzufriedenheit in der Verwaltung wächst, weil sich Vorwürfe über inkompetente neue Stelleninhaber häufen.

Preiserhöhungen haben zu Unruhen beigetragen. Während die Erhöhungen bei Strom und Gas noch hingenommen wurden, führten die erhöhten Zucker- und Weizenpreise zu großer Aufregung. Die Regierung begegnete solchen Situationen mit Maßnahmen, die eher an Flickschusterei

denn an eine grundsätzliche Analyse und Reform des Agrarpreissystems erinnerten. Weitere Konfliktherde waren der Zugang zu den Schulen und die Situation auf den Straßen, der Mangel an schneller und erschwinglicher Rechtsprechung und die unzureichende allgemeine Sicherheit im Land.

Zentrum und Provinzen

Überlagert wurden all diese Themen von den ständigen Querelen zwischen der Bundesregierung und den nicht von der PPP angeführten Provinzregierungen in Baluchistan und im Punjab. Die endlosen Geschichten gegenseitiger Vorwürfe und Beschuldigungen verärgerten die Bevölkerung. Bestechungsskandale und Amtsmißbrauch schienen nicht minder verbreitet als in der früheren Diktatur. Obwohl die PPP solche Vorwürfe als gezielte Desinformation der Opposition darstellt und fordert, diese solle ihre Anschuldigungen vor Gericht nachweisen, sind doch viele PPP Anhänger über die schweren Anklagen besorgt. Das Ideal "Demokratie" wird von der Bevölkerung immer noch in hoher Achtung gehalten. Die gegenwärtige Realisierung dieses Ideals findet jedoch wenig Anklang.

Nicht nur im Zentrum, auch in den von ihr geführten Provinzregierungen im Sindh und in der NWFP lassen die Leistungen der PPP zu wünschen übrig: Im Sindh ist die PPP in zwei Richtungen gespalten, von der die eine der Sindh-Nationalisten zuneigt, die andere dem früheren Koalitionspartner der PPP, der MQM (Mohajir Quami Mahaz, d.h. Mohajir National Front). In der NWFP hat die PPP die Aufkündigung der Zusammenarbeit seitens ihres Koalitionspartners ANP (Awami National Party, d.h. Nationale Volkspartei) überdauert, mußte dafür aber eine nie dagewesene Anzahl an Ministerposten schaffen. In Baluchistan wehrte die Opposition erfolgreich Versuche der PPP ab, Provinzangelegenheiten zu Aufgaben des Bundes zu machen. Die größten Schwierigkeiten hat die PPP im Punjab, in dem Nawaz Sharif als Premierminister und erbitterter Gegner der PPP nicht zuletzt durch die gegen ihn gerichtete PPP-Kampagne über Nacht zum Helden wurde.

Punjab

Ein guter Teil der gegenwärtigen Schwierigkeiten der PPP als Regierungspartei im Zentrum hatte seine Ursache in dem geteilten Mandat der Wähler, das zu einer PPP Regierung im Zentrum und zu einer IJI Provinzregierung (Islami Jamhoori Ittehad, d.h. Islamisch-republikanische Einheit) in der einflußreichen und bevölkerungsstärksten Provinz, im Punjab, führte. Der Schlüssel für die Zukunft der PPP liegt ebenso in dieser Provinz wie der Ausgang der nächsten Wahlen. Erscheint die PPP in dieser Provinz als irrelevant und ohnmächtig, so kann sie nicht damit rechnen, ihren unsicheren Stand im Zentrum zu verbessern. Für die IJI steht Ähnliches auf dem Spiel: verliert sie die Macht im Punjab, so kann sie sich nicht als ernstzunehmende Kandidatin bei den nächsten Nationalparlamentswahlen präsentieren. Ihre Leistungen im Punjab dienen so als Modell für eine eventuelle spätere Machtübernahme im Zentrum. Erste Anzeichen, die zeigen, daß solche

Ambitionen in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnten, sind die Nachwahlen im Punjab, die häufig zu Gunsten der IJI erfolgreich ausgingen.

Gegenüber der IJI hat die PPP eine Stärke: sie verfügt über eine Identität und eine politische Kultur, während die IJI (mit Ausnahme der kleinen, wohlorganisierten Jamat-e Islami) sich als konfuse Konglomerat präsentiert, ohne einen nennenswerten Rückhalt in der Basis. Sie kompensiert dies mit ihrer großen Erfahrung in Organisationsangelegenheiten. Ihre Mitglieder können zu Wahlzeiten mit Hintertürvereinbarungen Wunder

neuen Bank, der "Bank of Punjab" (BOP). Druck übt die PPP im übrigen über drei Wege aus: über die Versorgung mit Gas, über die Versorgung mit Elektrizität und schließlich über das People's Work Program (PWP), einem nationalen Programm zur Verbesserung der Infrastruktur benachteiligter Gebiete. Aber auch dabei gibt es Gerüchte über Korruption innerhalb des PPP, sodaß eine überzeugende Alternative zu den Aktivitäten der IJI darin wohl kaum gesehen werden kann.

Sindh

Im Sindh befindet sich die PPP ebenfalls in unruhigem



Die Städte - besonders Karachi - werden zu neuen Unruheherden (Foto: H. Stachelscheid)

vollbringen. Die IJI hat außerdem - im Gegensatz zur PPP im Zentrum - Rückhalt in der Bürokratie, die zusammen mit der Polizei ein wirksames Instrument für IJI Politik ist und den Einfluß der Zentralregierung im Punjab zurückzudrängen vermag. Das führt sogar soweit, daß PPP Abgeordnete der Bundesregierung in den lokalen Behörden im Punjab nichts für ihre Wähler ausrichten können - was oft als Todeskuß für die PPP im Punjab eingestuft wird. Auch der Zugang zur Universität ist für PPP Anhänger in dieser Provinz erschwert.

Die PPP ihrerseits versucht den IJI Gesetzgebungsinitiativen dadurch Einhalt zu gebieten, daß sie Kredite der nationalen Banken nur noch gewährt, wenn sie durch einen PPP Anhänger unterstützt werden. Einige Geschäftsleute bezeichnen diese Praxis als Erpressung. Die IJI wiederum reagierte mit der Gründung einer

Fahrwasser: zwar errang sie in allen ländlichen Wahlkreisen die Mehrheit der Stimmen. Die Koalition mit der MQM, die in den städtischen Wahlkreisen als Siegerin hervorging, zerbrach jedoch vor einem Monat bei einem Mißtrauensvotum. Sindhs ländliche (sindhi-sprachige) und städtische (urdu-sprachige) Gebiete stehen sich feindlicher gegenüber als in den vergangenen Jahren. Der Bruch mit der MQM brachte der PPP allerdings auch Anerkennung seitens der Sindh-Nationalisten ein, die in der Allianz mit der MQM einen Ausverkauf von Sindhi-Interessen gesehen hatten. Viele Sympathisanten der SNA (Sindh National Alliance) lehnen sich nunmehr verstärkt wieder an die PPP an. Die Spannungen der PPP mit der MQM beruhten im wesentlichen auf zwei kontroversen Angelegenheiten: die Haltung gegenüber den Biharis, d.h. gegenüber den muslimischen Flüchtlingen aus dem Ost-Bengalen einerseits und die Migration von Nicht-Sindhais aus dem inneren

der Provinz in die großen Städte Sindh aus Furcht vor Diskriminierung durch Sindh in den ländlichen Gebieten andererseits. Es gelang der Regierung selbst mit herkömmlichen Mitteln wie Ausgangssperre und Truppeneinsatz nicht, die Gewalttätigkeiten zwischen den verschiedenen Ethnien zu verhindern.

Im ländlichen Teil des Sindh haben zahlreiche Entführungen und Raubüberfälle dafür gesorgt, daß Geschäftsleute es vorziehen, im stabilen Punjab und zunehmend auch in der NWFP zu investieren. Der Rückhalt der PPP ist trotz unzureichender Entwicklungsfortschritte dennoch im Sindh größer als im Punjab: Im Sindh waren die Repressionen des vorhergehenden Regimes weiter verbreitet und deutlicher zu spüren als in den übrigen Provinzen. Unter der PPP erfährt der Sindh dagegen eine neue freiheitliche Atmosphäre und die Möglichkeit, auf Provinzangelegenheiten Einfluß auszuüben. Kehrtwendungen in der Politik Benazir Bhuttos und gebrochene Versprechungen scheinen da ein geringer Preis dafür zu sein, eine dem Sindh zugehörige Premierministerin zu haben.

North West Frontier Province

In der NWFP hat die PPP zahlreichen Entmachtungsversuchen standgehalten, allerdings um den Preis, eine nie dagewesene Anzahl neuer Ministerämter schaffen zu müssen, um so mit Hilfe einflußreicher Führungspersönlichkeiten mit weitgefächerten gesellschaftlichen Verbindungen den erforderlichen Rückhalt im Parlament zu sichern. Das führte zwar in der PPP Basis zu Unzufriedenheit, da viele ihrer Anhänger sich bei der Verteilung dieser Ämter vernachlässigt fühlten. Sie schienen jedoch einzusehen, daß der Erhalt der PPP Regierung im NWFP für die Position der Partei im Zentrum von vitalem Interesse war.

Baluchistan

In Baluchistan verlor die PPP nach kurzer Regierungszeit bei einem Mißtrauensvotum die Macht an die Opposition. Unter Nawab Aktar Bugti bildete sich eine neue Koalitionsregierung, die erst zum erbitterten Gegner der PPP-Regierung im Zentrum wurde, als diese sich ungeschickt in Angelegenheiten der Provinz einmischte. Im Gegenzug forderte Bugti alle Einkünfte aus dem Sui-Gas Vorkommen in Baluchistan für die Kassen der Provinz ein und behinderte häufig die Aktionen der PPP im Rahmen ihres People's Work Program.

Mißtrauensvotum

Nach dem Mißtrauensvotum gegen die Premierministerin im Nationalparlament ist die Regierung neu gezwungen, ihre Prioritäten und Aktivitäten neu zu überdenken. Frau Bhutto hat auf das Mißtrauensvotum reagiert, indem sie ihre Berater und Minister um die Einreichung ihrer Rücktrittsgesuche bat, offenbar in der Absicht, bei möglichst vielen PPP Mitgliedern des Nationalparlamentes Hoffnungen auf einen Ministerposten wach zu halten und sich so bei einem weiteren, von der Opposition schon in Aussicht gestellten Mißtrauensvotum abzusichern. Zumindest dem innerparteilichen Zusammenhalt scheint das Mißtrauensvotum gedient zu

haben: die Abwehr von Angriffen seitens der Opposition zwingt dazu, die Kämpfe im Inneren der Partei nicht ausarten zu lassen. Außerdem hat die PPP begonnen, frühere MRD Verbündete (Movement for the Restoration of Democracy, ein Zusammenschluß zahlreicher Gruppierungen gegen die Diktatur unter Zia) zu umwerben. Erfolgreicher als diese Bemühungen sind jedoch die Aussichten, Muslim League Mitglieder des Nationalparlamentes (frühere Unterstützer Zias) unterderhand für die PPP zu gewinnen. Allerdings bedarf es eines sehr mutigen oder eines wirklich mächtigen Großgrundbesitzers, wenn sich jemand für die Aussicht auf einen PPP Ministerposten der IJI und Nawaz Sharif entgegenzustellen wagen soll. Und ein weiterer Umstand läßt es zweifelhaft erscheinen, daß die PPP ihre Position durch Überläufer aus der IJI stärken könnte: Viele PPP Mitglieder, die ohnehin immer größere Schwierigkeiten haben, Benazir Bhutto's Politik von der des vorhergehenden Premiers unter Zia, Junejo, unterscheiden zu können, wären mit einer Verstärkung der PPP durch frühere Gegner der Partei nicht einverstanden.

Hierin zeigt sich auch das grundsätzliche Problem der PPP: sie hat es zwar geschafft, die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Der Preis dafür war jedoch eine Verwässerung des eigenen Programms, um besorgte Mitglieder des Establishments nicht zu verschrecken. Zu dieser Verwässerung gehörte beispielsweise, daß Ghulam Ishaq Khan, der nach Zias (gewaltsamen) Tod Staatspräsident wurde, im Amt blieb. Dazu gehörte auch, daß Yaqub Khan Außenminister blieb und daß die Politik sowohl gegenüber Afghanistan als auch im Inneren gegenüber der Armee unverändert beibehalten wurde. Der Vergabe der PPP Sitze im Nationalparlament an einflußreiche Personen des Establishments anstatt an verdiente Parteimitglieder schuf eine verunsicherte Parteibasis und eine unsichere Basis im Parlament. Wie ihr Vater gegen Ende seiner Regierungszeit, so vertraut offenbar auch Benazir Bhutto lieber auf einflußreiche traditionelle Persönlichkeiten des Landes als darauf, eine tatsächlich neue Parteipolitik aufzubauen. Die Sorge, diese Persönlichkeiten und das Establishment vor den Kopf zu stoßen, verhindert, daß es zu wirklich neuen Politikansätzen kommt. Es ist fraglich, ob eine Regierung, die sich immer weniger von ihrer Vorgängerin unterscheidet, in der Lage sein wird, bei der Bevölkerung auf die Dauer ausreichend Resonanz zu finden.

(Der Beitrag beruht auf mehreren Artikeln, die in der Januar-Ausgabe der pakistanischen Monatszeitschrift 'Herald' erschienen. Übersetzung und Bearbeitung: Christine Gieraths)